

## Niederschrift

über die Sitzung am Mittwoch, 06.02.2013  
im Kreishaus Borken, Kreisausschuss-Sitzungssaal (Raum 2181)

Beginn: 17:05 Uhr  
Ende: 18:45 Uhr

### Anwesend:

#### Vorsitz:

Barbara Büscher                      Stadtlohn

#### Mitglieder:

Arno Berning                      Raesfeld  
Uwe Fleischhauer                Legden                      Vertretung für Frau Nina Christina Maring

Martin Huesmann                Ahaus  
Günter Kendzierski              Gronau  
Anne König                        Borken                      Vertretung für Frau Bernadette Aehling

Herbert Krause                    Gronau  
Manfred Mäteling                Isselburg  
Reimar Ohström                  Gronau  
Stephanie Pohl                    Gescher  
Uta Röhrmann                    Bocholt  
Theo Sanders                      Bocholt                      Vertretung für Frau Silke Sommers

Peter Schemitzek                Gronau  
Ursula Schulte                    Vreden  
Christel Wegmann                Rhede  
Andreas Wethmar                Vreden                      Vertretung für Herrn Josef Leinen

#### Vertreter/innen der Verwaltung:

Dr. Ansgar Hörster  
Norbert Nießing  
Annette Scherwinski  
Hans Ritter  
Susanne Lökes  
Jürgen Bietenbeck

**Erledigung der Tagesordnung:**

Vorsitzende Büscher eröffnet um 17:05 Uhr die Sitzung und begrüßt die Erschienenen, insbesondere die Zuhörer und Herrn Nießing in seiner ersten Sitzung als Leiter des Fachbereiches Soziales. Sie stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Einwendungen gegen die Tagesordnung sowie die Niederschrift der letzten Sitzung werden nicht erhoben.

- Punkt 1:        **Vorberatung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2013****
- **Vorbericht zum Haushalt 2013**
  - **Budget 01 "Soziales"**
  - **Übersicht über die Ergebnisse der Einzelbudgets - Bereich Budget 01 Soziales**
  - **Diagramm Ordentlicher Ertrag/Ordentlicher Aufwand des Budgets 01 Soziales**
  - **Übersicht über die Ergebnisse der Produkte des Budgets 01 Soziales**
  - **Diagramm Nettoaufwand im Budget 01 Soziales**
  - **Veränderungen im Budget 01 - Soziales > 50.000 EUR**
  - **Budget 04 "Gesundheit"**
  - **Übersicht über die Ergebnisse der Einzelbudgets - Bereich Budget 04 Gesundheit**
  - **Diagramm Ordentlicher Ertrag/Ordentlicher Aufwand des Budgets 04 Gesundheit**
  - **Übersicht über die Ergebnisse der Produkte des Budgets 04 Gesundheit**
  - **Diagramm Nettoaufwand im Budget 04 Gesundheit**
  - **Veränderungen im Budget 04 Gesundheit**
  - **Anträge externer Verbände und Institutionen (Ex 01-...)**
  - **Antrag der SPD-Fraktion vom 31.10.2013 (Antrag 01-01)**
  - **Antrag der UWG-Fraktion vom 01.02.2013 (Antrag 01-02)**
  - **Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 01.02.2013 (Antrag 04-01)**
- Vorlage: 0041/2013**
- 

Berichterstatter:     Herr Nießing  
                          Frau Scherwinski

Herr Nießing und Frau Scherwinski erläutern kurz Eckpunkte ihrer Budgets. Anschließend werden – wie in den Vorjahren – die Budgets seitenweise durchgegangen und Fragen hierzu geklärt. Frau Schulte wird in diesem Zusammenhang zugesagt, dass der Jahresbericht des Projektes „Männer stellen sich ihrer Gewalt“ als Anlage dem Protokoll beigefügt wird (Der Jahresbericht 2011 ist als Anlage 1 der Niederschrift beigefügt, der Jahresbericht 2012 wird nachgereicht, sobald dieser vorliegt.).

Dann werden die Änderungsanträge beraten.

Antrag der SPD-Fraktion vom 31.01.2013 (Antrag Nr. 01-01) „Koordination von Maßnahmen zur Gewaltprävention“

Nachdem Frau Schulte den Antrag erläutert, fragt Frau König für die CDU-Fraktion nach, welche Einrichtungen einen derartigen Bedarf sehen würden und welche Stellen und Einrichtungen es hierzu im Kreis Borken gebe. Sie schlägt vor, dass die Verwaltung diese zur Sitzung des Kreisausschusses aufliste und dass dann über den Antrag im Kreisausschuss entschieden werde.

Herr Dr. Hörster führt aus, dass in diesem Themenbereich vielfältige Akteure tätig seien, von der Polizei bis zum „Runden Tisch GewAlternativen“. Er schlägt vor, dass die Verwaltung zur nächsten Ausschusssitzung das Thema aufbereite und dass dann entschieden wird, ob eine Koordination der Tätigkeiten oder eine höhere Transparenz der verschiedenen Angebote erforderlich sei.

Auf Drängen sagt die Verwaltung zu, zu versuchen, zur Sitzung des Kreisausschusses zumindest Eckdaten zur Verfügung zu stellen.

Frau Schulte stellt daraufhin den Antrag der SPD-Fraktion bis zur Sitzung des Kreisausschusses zurück.

Antrag der UWG-Fraktion vom 01.02.2013 (Antrag Nr. 01-02) „Zuschuss Schuldnerberatung“

Herr Wethmar erläutert kurz den Antrag. Als besonderes Problem sehe er die langen Wartezeiten für ein Erstgespräch, die aktuell vier Monaten dauern würden. In diesem Zusammenhang schlägt er auch vor, Herrn Dawo von der Schuldnerberatung des Caritasverbandes für das Dekanat Borken e.V. in einer der nächsten Sitzungen einzuladen.

Herr Nießing entgegnet darauf, dass auch er in der Schuldnerberatung ein existenzielles Angebot sehe. Im Kreis Borken erfolge die Schuldnerberatung flächendeckend durch vier Träger. Das letzte Gespräch mit den Trägern habe 2011 stattgefunden. Es sei hierbei nicht geäußert worden, dass es Schwierigkeiten gebe, das Beratungsangebot vorzuhalten. Harte Fakten über Wartezeiten lägen der Kreisverwaltung jedoch nicht vor.

Zur Finanzierung führt er aus, dass von den Haushaltsansätzen in Höhe von insgesamt 200.000,00 € (100.000,00 € im Bereich SGB II, weitere 100.000,00 € im Bereich der allgemeinen Sozialhilfe) 170.000,00 € entsprechend der getroffenen Vereinbarungen gezahlt worden seien. Aber auch die übrigen 30.000,00 € seien an die Schuldnerberatungsstellen verteilt worden.

Herr Berning bemerkt, dass eine Erhöhung der Ansätze um 20.000,00 € ihm zu pauschal sei und dass hierzu notwendige Zahlen fehlen würden. Er schläge insofern einen Prüfantrag an die Verwaltung vor.

In der darauf folgenden Diskussion wurde einvernehmlich ein Prüfantrag an die Verwaltung formuliert, dass diese die Fallzahlen, Wartezeiten und Präventivangebote aller vier Schuldnerberatungsstellen eruiere und zur nächsten Sitzung einen Vertreter der Schuldnerberatungen einlade.

Auf Zusicherung, dass, wenn sich im Rahmen der Untersuchungen ein weiterer finanzieller Bedarf ergeben sollte, die beantragten weiteren 20.000,00 € auch noch im laufenden Jahr zur Verfügung gestellt würden, nimmt Herr Wethmar den Antrag zurück.

Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 01.02.2013 (Antrag 04-01) „Aids-Hilfe Westmünsterland e.V.“

Herr Fleischhauer erläutert kurz den Antrag.

Frau Pohl erklärt hierzu, dass die CDU-Fraktion den Antrag grundsätzlich unterstütze. Er sei jedoch zum einen sehr kurzfristig eingereicht worden und enthalte zum anderen nur spärliche Ausführungen zur Finanzplanung. Sie schlage daher vor, den Kreiszuschuss 2013 einmalig um 5.000,00 € mit der Auflage zu erhöhen, sich anderweitig um Spenden zu bemühen. Des Weiteren solle die Aids-Hilfe Westmünsterland sich um eine intensivere Abstimmung mit der Kreisverwaltung über Inhalte der Beratungstätigkeit und die Finanzsituation der Aids-Hilfe bemühen.

Mit diesem Vorschlag erklärt sich Herr Krause für seine Fraktion einverstanden.

Vorsitzende Büscher lässt über diesen geänderten Beschlussvorschlag abstimmen.

**Beschluss:** einstimmig

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit empfiehlt dem Kreistag, den Festkostenzuschuss für die Aids-Hilfe Westmünsterland e.V. in 2013 einmalig um 5.000,00 € auf 25.000,00 € zu erhöhen.

Antrag der SPD-Fraktion vom 06.02.2013 „Zuschuss für die Telefonseelsorge“

Frau Schulte erklärt für die SPD-Fraktion, dass sich diese den Antrag Ex-04 zum Teil zu Eigen mache, und beantragt die Telefonseelsorgen Münster und Niederrhein/Westmünsterland mit jeweils 2.000,00 € zu unterstützen.

Herr Dr. Hörster erinnert an die Haushaltsberatungen 2012. Es sei damals festgestellt worden, dass die Bürger des Kreises Borken durch drei Telefonseelsorgen versorgt würden, durch die beiden vorgenannten und die Telefonseelsorge Recklinghausen, abhängig davon, welche Vorwahl die Städte und Gemeinden im Kreis Borken hätten.

Die finanzielle Unterstützung sei im Münsterland sehr unterschiedlich. So bezuschusse der Kreis Coesfeld z. B. allein die Telefonseelsorge Münster mit 3.500,00 €.

Vereinbarungsgemäß habe der Landrat beim Treffen der Hauptverwaltungsbeamten im Münsterland versucht, diesbezüglich eine Abstimmung zu treffen. Festzustellen sei jedoch, dass eine solche Abstimmung nicht gewollt sei.

Auf den Einwand von Frau Pohl für die CDU-Fraktion, dass für den Antrag keine Zeit für eine Abstimmung in der Fraktion gewesen sei, und sie deshalb dafür plädiere, heute nicht über den Antrag abzustimmen, stellt Frau Schulte ihren Antrag für eine Entscheidung im Kreisausschuss zurück.

Erweitertes Angebot der Verbraucherzentrale NRW im Kreis Borken

Vorsitzende Büscher erklärt hierzu, dass zwischen den Fraktionen vereinbart worden sei, einen Referenten der Verbraucherzentrale zur nächsten Sitzung einzuladen und dass dann über das Thema beraten würde.

Herr Dr. Hörster informiert dazu, dass die Verbraucherzentrale einen 5-Jahres-Vertrag anstrebe. Des Weiteren bittet er die Mitglieder des Ausschusses, ihre Fragen an den Referen-

ten im Vorfeld an die Kreisverwaltung zu richten, damit diese dann weitergeleitet werden und in der Sitzung vom Referenten beantwortet werden können.

Nach der Behandlung der Anträge lässt Vorsitzende Büscher über den Beschlussentwurf unter Berücksichtigung der Änderung (Aids-Hilfe) abstimmen.

**Beschluss:**                    9 Ja-Stimmen  
   0 Nein-Stimmen  
   7 Enthaltungen

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit empfiehlt dem Kreistag die Annahme der Budgets 01 „Soziales“ und 04 „Gesundheit“ für das Jahr 2013 mit der Maßgabe, dass der Haushaltsansatz für den Festkostenzuschuss für die Aids-Hilfe Westmünsterland e.V. einmalig um 5.000,00 € erhöht wird. .

**Punkt 2:            Umsetzung SGB II: Budgetplanung 2013**  
**Vorlage: 0044/2013**

---

Berichterstatterin:    Frau Lökes

Frau Lökes erläutert kurz die Budgetplanung SGB II. Ergänzend führt sie aus, dass zwar hinsichtlich der zusätzlichen Bundesmittel noch keine offizielle Entscheidung vorliege, im HKR-Programm des Bundes seien aber schon die geplanten Mittel eingestellt.

Vorsitzende Büscher lässt über den Beschlussentwurf abstimmen.

**Beschluss:**                    14 Ja-Stimmen  
   0 Nein-Stimmen  
   2 Enthaltungen

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit stimmt der vorgesehenen Budgetplanung 2013 zu.

**Punkt 3:            Terminplanung für die Sitzungen des Ausschusses für Arbeit, Soziales**  
**und Gesundheit des Kreises Borken für das Jahr 2013**  
**Vorlage: 0042/2013**

---

Berichterstatter:        Herr Nießing

Vorsitzende Büscher lässt über den Beschlussentwurf abstimmen.

**Beschluss:**                    einstimmig

Die Terminplanung für die Sitzungen des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit für das Jahr 2013 wird zur Kenntnis genommen.

---

#### **Punkt 4:        Mitteilungen der Verwaltung**

---

##### **Punkt 4.1:     Sachstand Bildung und Teilhabe**

---

Herr Dr. Hörster weist darauf hin, dass hinsichtlich der Anschreiben an das Ministerium und die politischen Vertreter bislang zwei Antwortschreiben vorliegen, das Antwortschreiben des Ministers für Arbeit, Integration und Soziales des Landes NRW, nachgesandt mit Schreiben vom 01.02.2013, sowie das Antwortschreiben des Bundestagsabgeordneten Jens Spahn, das als Tischvorlage ausgelegt ist (s. Anlage 2 der Niederschrift).

Zum erst genannten Schreiben drückt er sein Unverständnis aus, dass von dem Ministerium keine Unterstützung zu erwarten sei.

Es sei zu befürchten, dass der Bund auf Grund der geringen Ausschöpfungsquote des Landes Nordrhein-Westfalen seine Zuweisungsquote anpasse. Wenn das Land keine interne Regelung zur Verteilung der Mittel unter Berücksichtigung der tatsächlichen Aufwendungen der Kommunen für Bildung und Teilhabe treffe, würde der Kreis Borken, der schon in 2012 eine Ausschöpfungsquote der zugewiesenen Mittel über 100 % habe, doppelt bestraft.

---

##### **Punkt 4.2:     Bericht "Wohnperspektiven"**

---

Herr Dr. Hörster berichtet, dass am letzten Montag, den 28.01.2013, im St. Antoniusheim in Vreden eine Abschlussveranstaltung stattgefunden habe, bei der die Ergebnisse für den Kreis Borken präsentiert worden seien.

Erkenntnis sei, dass Wohnungslosigkeit bei jungen Menschen von vielfältigen Problemsituationen ausgelöst würde und insofern unterschiedliche Zuständigkeiten betroffen seien.

Es sei insofern in Frage zu stellen, ob die vom Diözesancaritasverband angedachte Koordinierungsstelle tatsächlich die richtige Lösung sei oder eher eine Sensibilisierung des Problems.

Da die Betroffenen in der Regel mit ihren Problemen im sozialen Bereich (Sozialamt, Jugendamt, Jobcenter) vorstellig und von dort Hilfe erwarten würden, mache auch eine zentrale Anlaufstelle kaum Sinn.

Wenn der Abschlussbericht vorliege, werde man darüber berichten.

Auf Bitte von Frau Schulte werden die Hilfen für Obdachlose im Kreis Borken aufgelistet (Anlage 3 der Niederschrift).

#### **Punkt 4.3: Situation der Hebammen im Kreis Borken**

---

Herr Dr. Hörster berichtet darüber, dass durch einen Schiedsspruch den Hebammen rückwirkend zum 01.01.2013 eine durchschnittliche Erhöhung ihrer Hebammenvergütung um 13 % zugesprochen worden sei, was zu einer moderaten Entspannung der Situation führe.

Hinsichtlich der hohen Berufshaftpflichtbeiträge für freiberufliche Hebammen habe sich ein Trend dahingehend entwickelt, dass sich bislang freiberufliche Hebammen nunmehr von Krankenhäusern anstellen lassen.

#### **Punkt 4.4: Verbesserung der hausärztlichen Versorgung - "Praxismonat" für Medizinstudenten**

---

Frau Scherwinski berichtet darüber, dass der Kreistag am 06.12.2012 dem Konzept „Praxismonat“ für Medizinstudenten zugestimmt habe.

Es hätte auch 6 Bewerbungen für das Frühjahrssemester gegeben. Als man die Bewerber jedoch angeschrieben habe, hätten sie nicht reagiert. Auf ein erneutes Anschreiben hätte ein Bewerber abgesagt, bei einem anderen Bewerber habe sich herausgestellt, dass es sich um einen Abiturienten gehandelt habe. Die weiteren Bewerber hätten sich auch diesmal nicht wieder gemeldet bzw. gebeten, für den Herbst berücksichtigt zu werden.

Um entsprechende Bewerber zu finden, seien vielfältige Aktivitäten unternommen worden: Angebote im Internet, Flyer bei den Universitäten, Anschreiben an die Kliniken und persönliche Kontakte zu den entsprechenden Professoren für Allgemeinmedizin.

Zu einem Professor der Universität Düsseldorf habe man einen vielversprechenden Kontakt aufgebaut. Er will zu dem nächsten Treffen des Weiterbundesverbandes kommen und habe Interesse, mit diesem eng zusammenzuarbeiten, z. B. Studenten und junge Ärzte zu vermitteln.

Aktueller Stand sei, dass 2 Studenten im Mai 2013 zum Praxismonat kommen würden, ein weiterer Student aus Münster habe nachgefragt.

Das Resultat sei, dass es schwierig sei, Studenten in den Kreis Borken zu bekommen, und dass man sich selbst auf schriftliche Zusagen nicht verlassen könne. Außerdem werde der Fachbereich Gesundheit in Zukunft engeren Kontakt zu den Studenten halten.

Man werde weiter daran arbeiten und dem Ausschuss darüber berichten.

**Punkt 5: Anfragen**

---

**Punkt 5.1: Mietrückstände/Energierückstände - Kontakt zu Vermietern/ Energieversorgern**

---

Frau Wegmann stellt fest, dass heutzutage Miet- oder Energierückstände ein häufiges und gravierendes Problem seien. Sie habe in einem Bericht von einer Stadt gelesen, die mit dem Energieversorger eine Vereinbarung getroffen habe, dass diese säumige Zahler melde, damit sich die Energierückstände nicht summieren.

Sie bittet die Verwaltung um Prüfung, welche rechtlichen Möglichkeiten zu solch präventiven Maßnahmen bestehen.

Die Antwort ist als Anlage 4 der Niederschrift beigefügt.

Nach Erledigung der Tagesordnung verabschieden der Ausschuss und Herr Dr. Hörster Herrn Ritter, der am heutigen Tage zum letzten Mal als offizieller Vertreter des Fachbereichs Soziales an den Sitzungen des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit teilnimmt, und danken für seine geleistete Arbeit.

Vorsitzende Büscher schließt die Sitzung um 18:45 Uhr.

---

Barbara Büscher  
Vorsitzende

---

Jürgen Bietenbeck  
Schriftführer